



Medienmitteilung der Grünen Stadt Uster

Uster schlittert in die Schuldenfalle

Uster, 2. Oktober 2015. – Trotz katastrophaler Perspektiven für die Ustermer Finanzen hält der Stadtrat am tiefen Steuerfuss von 91% fest. Warum er dies tut, erklärt er nicht. Offenbar ist bei der Exekutive laissez-faire angesagt, obschon das Nettovermögen pro Einwohner in der Höhe von gut 1'800 Franken im Jahr 2014 innerhalb von fünf Jahren zu einer Nettoschuld von rund 500 Franken pro Einwohner wird. Im selben Zeitraum wachsen die Schulden praktisch um das Dreifache auf 130'000'000 Franken. Diese fahrlässige Schuldenpolitik können die Grünen nicht mittragen.

Es kommt alles noch viel schlimmer als vor Jahresfrist gedacht! Ging man damals für das Jahr 2017 noch von langfristigen Schulden in der Höhe von rund 80 Millionen Franken aus, weisen die Zahlen im Voranschlag 2016 einen Schuldenberg von rund 115 Millionen aus – 35 Millionen mehr! Und bis 2019 soll der Schuldenberg – oder besser das Schuldengebirge – bis auf knapp 130 Millionen Franken anwachsen.

Es scheint laissez-faire angesagt! Oder wie ist es zu verstehen, wenn der Stadtrat für die nächsten vier Jahre einen Aufwandüberschuss von über 11 Millionen Franken vorsieht und den Steuerfuss dabei offenbar unbesehen bei tiefen 91% belässt?

Es ist skandalös, wie der Stadtrat die eigenen finanzpolitischen Ziele bei weitem verfehlt und so ad absurdum führt. Glaubwürdig ist diese Stadtregierung nicht!

Die anstehenden, grossen Investitionen können so nicht mehr – wie ursprünglich geplant – finanziert werden. Schönfärberisch ist die Rede von einer jährlichen Priorisierung, welche Ausgaben denn wirklich getätigt werden können. Es zeigt sich je länger je deutlicher, wie schädlich und katastrophal die – von den vermeintlich staatstragenden Parteien – jahrelang verfolgte Steuersenkungspolitik wirklich ist! Es rächt sich, dass in den Jahren des Investitionsstaus der Steuerfuss kontinuierlich gesenkt wurde, statt finanzielle Polster zu bilden.

Warum der Steuerfuss bei 91% belassen werden soll, erklärt der Stadtrat nicht. Dies ist umso weniger nachvollziehbar, als dass das neue Finanzausgleichsgesetz klipp und klar festhält: "Der Zuschuss fällt umso grösser aus, je höher der Gemeindesteuerfuss festgelegt wird" (Broschüre des Kantons zum Finanzausgleich). Unverschämt suggeriert der Stadtrat hingegen, dass sich ein höherer Steuerfuss negativ auf die Finanzausgleichszahlungen auswirken würde (gemäss Voranschlag, Seite 14).

Warum verzichtet der Stadtrat auf zusätzliche Mittel? Offensichtlich soll die Stadt finanziell so geschwächt werden, dass jegliche, dem Stadtrat weniger genehme Anliegen mit Verweis auf die klammen Finanzen gebodigt werden können. Also keine Aufwendungen für die Umsetzung des Nachhaltigkeitsartikels unserer Gemeindeordnung, keine Mittel für Verkehrsberuhigung und Umsetzung des Velokonzepts, keine Förderung des sozialen und ökologischen Wohnungsbaus wie es die Volksinitiative EcoViva der Grünen vorsieht.

Der Stadtrat dokumentiert selber, dass sich bei den Globalkrediten angesichts einer stetig wachsenden Wohnbevölkerung auf die Dauer nicht sparen lässt. Es muss schlicht und einfach mehr in die Kasse fliessen!

In dieser Form werden die Grünen das vorliegende Budget ablehnen.

(2'583 Zeichen inkl. Leerzeichen, ohne Lead)

Weitere Informationen: Patricio Frei, Gemeinderat Grüne, 076 520 24 66